

Antrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert und Friedrich Haag u. a. FDP/DVP

Expertenrat für Klimaschutz im Gebäudebereich – teures Bürokratiemonster der Ministerin?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. anhand welcher Grundlage und Kriterien die Auswahl der Mitglieder des „Expertenrats für Klimaschutz im Gebäudebereich“ getroffen wurde;
2. aus welchen Gründen sich das zuständige Ministerium dazu entschieden hat, keinen Vertreter aus der Praxis, z. B. der Bauwirtschaft oder der Rohstoffindustrie, in dem Gremium zu berücksichtigen und daher nicht sichergestellt ist, dass praktische Erfahrungen in die Arbeit des Expertenrats einfließen;
3. aus welchen Gründen der Expertenrat für Klimaschutz im Gebäudebereich jetzt, ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode und nach der Novelle der Landesbauordnung, gegründet wurde;
4. welche konkreten Ziele mit dem Expertenrat noch bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden sollen;
5. aus welchen Gründen kein Expertenrat mit dem Schwerpunkt „schnelleres, günstigeres und unbürokratisches Bauen“ gegründet wurde;
6. welche konkreten Aufgaben der Expertenrat, unter Darlegung der Bindungswirkung seiner Vorschläge für die Landesregierung, übernehmen soll;
7. inwiefern der Expertenrat in Konkurrenz zum Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ steht bzw. die Aufgaben bereits durch den Strategiedialog abgedeckt werden und die Ergebnisse beider Gremien koordiniert werden;
8. wann erste Ergebnisse oder Vorschläge des Expertenrats zu erwarten sind,
9. inwiefern die Einrichtung des Expertenrats Klimaschutz im Gebäudebereich mit der Aussage von Ministerin Razavi vereinbar ist, dass sie Bauen einfacher, schneller und günstiger machen will, und potenzielle Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und bezahlbarem Wohnraum adressiert werden sollen;
10. ob vergleichbare Expertenräte „Klimaschutz“ in anderen Ministerien oder für andere Politikfelder eingerichtet wurden (bitte aufgelistet nach der Nennung des Politikfelds) und deren Arbeit mit der des Expertenrats für Klimaschutz im Gebäudebereich koordiniert wird;
11. inwiefern die Aufgaben des Expertenrats bereits durch den Klima-Sachverständigenrat abgedeckt und mögliche Überschneidung der Zuständigkeiten vermieden werden;
12. wie die Landesregierung sicherstellt, dass die Vorschläge des Expertenrats mit den Zielen der Entlastungsallianz, insbesondere im Hinblick auf Bürokratieabbau und Vereinfachung von Verfahren, vereinbar sind;

13. in welchem Umfang und durch welche konkreten Strategien das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg sicherstellt, dass durch den Expertenrat für Klimaschutz im Gebäudebereich bzw. dessen Vorschläge keine zusätzlichen ökonomischen Belastungen oder bürokratischen Hürden für betroffene Akteure entstehen;
14. in welcher Höhe im Einzelplans 18 des Staatshaushaltsplans Mittel für die Einrichtung und den Betrieb des Expertenrats vorgesehen sind (bitte unter Angabe des Titels und aufgeteilt nach Verwaltungskosten und Honorare).

9.4.2025

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung, Brauer, Bonath, Fink-Trauschel, Haußmann, Reith FDP/DVP

Begründung

Das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg hat kürzlich auf seinen Social-Media-Kanälen die Gründung eines Expertenrats „Klimaschutz im Gebäudebereich“ bekanntgegeben. Diese Entscheidung wirft einige Fragen auf, insbesondere im Kontext der jüngsten Novelle der Landesbauordnung und des nahenden Endes der Wahlperiode. Die Gründung des Expertenrats kurz vor Ende der Legislaturperiode erscheint fragwürdig. Es stellt sich die Frage, ob die verbleibende Zeit ausreicht, um effektive Ergebnisse zu erzielen und umzusetzen. Zudem ist unklar, inwiefern sich die Aufgaben dieses neuen Gremiums von bestehenden Initiativen wie dem Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ abgrenzen.

Auch die Zusammensetzung des Expertenrats verwundert. Die Nichtberücksichtigung der Bau- und Rohstoffwirtschaft als wichtige Akteure in der Umsetzung könnte zu praxisfernen Empfehlungen führen. Eine ausgewogene Vertretung aller relevanten Sektoren wäre für realistische und umsetzbare Vorschläge essenziell. Es besteht die Sorge, dass die Empfehlungen des Expertenrats zu zusätzlichen bürokratischen Hürden und Kosten für den Bausektor führen könnten. Dies steht im Widerspruch zu den jüngsten Bemühungen, das Bauen in Baden-Württemberg zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Es ist zu befürchten, dass der Expertenrat teure und bürokratische Vorschläge machen wird, deren Umsetzung ein Bärendienst für den Bausektor wäre. Der späte Zeitpunkt der Gründung lässt Raum für Spekulationen über die Motive, ob die Ministerin den Expertenrat bewusst so spät eingesetzt hat, damit sie dessen Vorschläge nicht mehr umsetzen muss.